



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Wülfrath

Termin Dienstag, 07.01.2020, 17:00 bis 19:06 Uhr

Ort Rathaus
Großer Sitzungssaal

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
1.5	Genehmigung der Niederschrift
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) – Zweite Beteiligung der Öffentlichkeit Vorlage: 61/63-023-2019
5	Konzept für Depotcontainerstandplätze in Wülfrath Vorlage: 32-012-2019
6	17.12.2019 Antrag von CDU, WG, Linke, FDP - Verbesserung Bahnanschluss Vorlage: BVV-017-2019
7	Mitteilungen und Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Dr. Panke eröffnet die Sitzung.

TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Entschuldigt sind Herr Dellmann (CDU) und Herr Welp (SPD).

TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

TOP 1.5 Genehmigung der Niederschrift

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift zur Ratssitzung vom 03.12.2019.

TOP 2 Befangenheitsprüfung

Kein Ratsmitglied erklärt sich zu einem der Tagesordnungspunkte für befangen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Herr Wetzel, Schöne Aussicht, fragt: Ihm wurde berichtet, dass bauwillige Bürger von der Verwaltung die Auskunft erhielten, dass in zwei bis drei Jahren im Gebiet in den Eschen gebaut werden könne – stimmt das?



Herr Barnat verneint dies, und Frau Dr. Panke verweist darauf, dass ein Teil ja schon bebaubar ist. Der evtl. neu hinzukommende Teil wird sicher nicht in zwei bis drei Jahren bebaubar sein.

Herr Ball-Sadlo, Düssel, von der BI Düssel-West, fragt, bis wann die Bebauung in Düssel-West zu realisieren sei. Herr Barnat antwortet, dass – bei entsprechendem Ratsbeschluss – die Flächen bis 2040 reichen. Herr Ball-Sadlo fragt nach, wann der städtebauliche Förderantrag gestellt werde. Die Vorsitzende antwortet, dass ein solcher Antrag nur gestellt wird, wenn mit Städtebauförderung gebaut werden soll. Im Kurz- und Mittelfristzeitraum kommt ein solcher Antrag sicher nicht. Ob eine Städtebauförderung in Anspruch genommen wird, weiß auch noch niemand. Herr Ball-Sadlo betont, dass dann der entsprechende Satz im Steckbrief der Fläche Düssel-West entfernt werden müsse. Frau Dr. Panke antwortet, dass auf den Steckbrief unter TOP 4 eingegangen wird.

Herr Dr. Rosen, Flehenberg, verweist auf die laut IT.NRW schrumpfende Einwohnerzahl Wülfraths in den kommenden Jahren. Wie sei es damit zu vereinbaren, jetzt die Grundlagen für zahlreiche Neubauten „durchzuwinken“? Frau Dr. Panke betont, dass es heute um das Wahre von Chancen geht. Wülfrath kann - z. B. durch einen Bahnanschluss – an Attraktivität gewinnen und wieder wachsen. Das wird aber seine Zeit brauchen. Außerdem müssen die Eigentümer überhaupt verkaufen wollen. Herr Barnat ergänzt, dass der Rat über die Bauleitplanung Schritt für Schritt beteiligt wird.

Herr Ball-Sadlo fragt, wie die Gesamtfläche für Düssel zustande kommt. Sollte diese ganze Fläche bebaut werden, entstünde eine Satellitensiedlung. Die Vorsitzende verweist für die Antwort auf den nächsten TOP.

Es gibt keine weiteren Einwohnerfragen.

TOP 4 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) – Zweite Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: 61/63-023-2019

Herr Barnat führt aus, dass es nach der Offenlage und dem Ratsbeschluss zur Stellungnahme der Verwaltung am 03.12.2019 eine erneute Offenlage gab. Sie war nötig geworden, da sich durch Änderung der Bewertungskriterien auch das Ergebnis geändert hat. Der in Bau befindliche Haltepunkt in Düssel wird jetzt als bestehender Haltepunkt gesehen. Dies löst automatisch eine andere Bewertung aus. Auf die Fragen nach dem Warum der Kriterienänderung hat die Bezirksregierung der Stadt nicht geantwortet. Im Ergebnis werden die Flächen Düssel-West nun als lokaler und die in den Eschen als regionaler Bedarf gekennzeichnet. Dies ist aber unerheblich für die spätere tatsächliche Nutzung.

Herr Barnat betont, dass es in Düssel keine Satellitensiedlung geben wird. 10 ha Fläche kämen hinzu. Die Verwaltung möchte, dass der bestehende Ortsteil profitiert und dass die Neubürger die Wülfrather Infrastruktur nutzen.

Die Vorlage umfasst die Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungen. Die Verwaltung empfiehlt, alle Flächen zu beschließen und für sie den Planungszugriff der Stadt zu erhalten, damit Wülfrath wachsen kann. Herr Barnat empfiehlt, das Verfahren nicht neu durchzuführen, da ungewiss ist, zu welchem Ergebnis es führen könnte. Im schlechtesten Fall könnten alle Flächen nicht als ASB anerkannt werden.

Herr Effert (CDU) kündigt an, dass die CDU der Stellungnahme der Verwaltung zustimmen wird.



Nur um diese Stellungnahme gehe es bei der heutigen Sitzung. Die CDU wolle, dass Wülfrath wächst, und da sei es egal, ob damit nominell regionaler oder lokaler Bedarf gedeckt werde. Herr Effert findet aber die Kritik am Verfahren zu schwach, auch wenn er verstehe, dass man sich nichts verbauen wolle durch zu harsche Stellungnahmen. Abschließend weist er auf die Flächen der ehemaligen Klinik Aprath hin, die besonders geeignet seien, da sie kein wertvolles landwirtschaftlich genutztes Land seien.

Frau Kückler (Die Linke) stellt fest, dass sich die Bezirksregierung wohl keine Gedanken gemacht habe bei der Kriterienänderung. Die Einbeziehung des Geländes der ehemaligen Klinik Aprath hätte die Linke auch interessant gefunden. Frau Kückler verweist auf das Umweltbundesamt, das sich gegen Flächenverbrauch ausgesprochen hat. Schließlich betont sie, dass mehr Bürger auch mehr Infrastruktur benötigen, die die Stadt aber nicht habe. Aus all diesen Gründen werde die Linke nicht zustimmen.

Herr Czerwonka (SPD) teilt mit, dass die SPD grundsätzlich zustimme, da es um die Wahrung grundsätzlicher Optionen möglicher Planungen gehe. Weitere Schritte und die Schaffung von Baurecht werden erst später folgen. Für die SPD erschließe sich aber die Änderung nicht; sie sei nicht nachvollziehbar. Herr Czerwonka geht anschließend auf die Umweltauswirkungen ein. Im Steckbrief werden sie beim Gebiet In den Eschen als „erheblich“ ausgewiesen. Der Rat trage die Verantwortung, was auf den Flächen passiere, und solle nur dann den ASB ausweiten, wenn die Innenentwicklung nachweisbar umgesetzt wurde, Umwelt und besonders der Wald geschützt und die Haushaltsauswirkungen nachgewiesen wurden. Herr Czerwonka kritisierte ebenfalls das Verfahren, das weder der Stadt, noch der Wülfrather Politik angelastet werden könne.

Herr Mrstik (Grüne) macht deutlich, dass die Grünen die Stellungnahme ablehnen werden. Sie fänden die Begründung der Bezirksregierung nicht nachvollziehbar und schlampig. Es werde mit widersprüchlichen und teils falschen Zahlen gearbeitet, und die Vorgehensweise habe systematische Schwächen. Herr Mrstik stellt in Frage, ob Wülfrath mit vielen neuen Wohnungen wirklich geholfen sei. Das eigentliche Problem seien die fehlenden Gewerbegebiete. Er fordert die Mehrheit im Rat auf, zuzugeben, dass sie nur so schnell wie möglich so viel wie möglich bauen wollten. Die Zahlen von IT.NRW belegten aber, dass die Einwohnerzahl zurückgehe, daher bestehe gar kein Bedarf an der Bebauung so einer Fläche.

Herr Altmann (FDP) kündigt die Zustimmung der FDP an. Er geht davon aus, dass erst der nächste oder übernächste Rat beschließen werde, was tatsächlich auf der Fläche passiert. Die Bezirksregierung zwinge keine Stadt dazu, zu bauen. Er weist auf die noch unbebauten vorhandenen Flächen hin wie die am Düsseler Tor oder in der Innenstadt. Zur Frage der vorhandenen Infrastruktur führt Herr Altmann aus, dass genug Schulen, Sportplätze etc. vorhanden seien und die Stadt eher zu wenig Einwohner habe. Er wendet sich schließlich an die Verwaltung und trägt vor, dass die Kritik in der Stellungnahme hätte intensiver sein können.

Herr Peetz (WG) kündigt die Zustimmung seiner Fraktion an, kritisiert aber das Verfahren. Der Zeitplan des Regionalrats und der Bezirksregierung sei mindestens undurchdacht, und die Kritik der Verwaltung hätte schärfer sein können. Die Tonlage der Verwaltung sei aber verständlich, da sie ja auch künftig mit der Bezirksregierung zusammenarbeiten werde. Herr Peetz erinnert daran, dass die Strategie Wülfrath 22+ eine Haushaltssicherungsmaßnahme gewesen sei und kein städtebauliches Konzept. Zum Thema Infrastruktur führt er aus, dass Wülfrath die annä-



hern gleiche Infrastruktur habe wie Mettmann, das aber 40.000 Einwohner habe. Die Einnahmen aus Einkommensteuer seien hier höher als die aus Gewerbesteuer. Wülfrath brauche das Bevölkerungswachstum. Die Regionalplan-Änderung biete dazu die Chance, daher stimme die WG zu.

Frau Dr. Panke und Herr Barnat bekräftigen, dass sie vieles am Verfahren und der Regionalplan-Änderung für kritikwürdig halten, aber nicht glauben, dass eine scharfe Kritik gegenüber der Bezirksregierung zu einer inhaltlich anderen Stellungnahme führen würde.

Frau Kuchler (Die Linke) geht auf die Hinweise aus dem Rat ein, dass der nächste Rat entscheiden werde. Damit machten es sich die zustimmenden Fraktionen sehr leicht, denn so sorgten sie dafür, dass sich Spekulanten auf die Grundstückseigentümer stürzten. Die Stadt solle sich hier ein Vorkaufsrecht sichern – ob da alle Fraktionen zustimmen würden? Mehr Einwohner führen ihrer Ansicht nach nicht automatisch zu mehr Einkommensteuereinnahmen. Den Bedarf an Wohnraum hätten vor allem Einkommensschwache.

Herr Hoffmann (SPD) geht auf die Stellungnahme zur Diakonie Aprath ein. Die Diakonie wolle die Freiflächen bebauen, dürfe es aber nicht. Das Wohnen nicht nur in Patientenwohnhäusern sollte möglich sein.

Der Rat der Stadt Wülfrath

- 1) nimmt von der Bewertung der Verwaltung zu den verfahrensgegenständlichen Flächen zur 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf Kenntnis und stimmt der Stellungnahme im Rahmen der zweiten Beteiligung zu und
- 2) beauftragt die Verwaltung, diese Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 9 Abs. 2 ROG i. V. m. § 13 Abs. 1 LPIG NRW an die Regionalplanungsbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf zu senden.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	X	ja

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	27	11	8	6			1	1
Ablehnung	6	1			3	2		
Enthaltung								

TOP 5 Konzept für Depotcontainerstandplätze in Wülfrath Vorlage: 32-012-2019

Herr Herbes (WG) schickt seiner Kritik voraus, dass er sie gern im Fachausschuss angebracht hätte, aber nun den aktuellen TOP dazu nutze, da sie sich auch auf die Vorlage auswirke. Herr



Herbes stellt fest, dass die Ausstattung mit Altpapiercontainern in Wülfrath in einer „normalen“ Woche gerade so ausreiche. Mit den Weihnachtsfeiertagen und ohne Sonderleerung sehe es aber nicht akzeptabel aus. Neben den Containern und um sie herum stapelten sich Kartons und Altpapier. Die Zahl der Container sei daher nicht ausreichend, vor allem in den Ortsteilen. In den Nachbarstädten gebe es viel mehr Altpapiercontainerstandorte. Herr Herbes empfiehlt, den Satz im Konzept zu streichen, wonach die Zahl der Container nicht erhöht werden dürfe.

Die Vorsitzende stimmt Herrn Herbes darin zu, dass die Situation nicht akzeptabel war. Sie entstand durch eine Kombination von geschlossener Annahmestelle und nicht veranlasster zusätzlicher Abfuhr. Frau Dr. Panke kündigt für den nächsten Sitzungslauf das neue Abfallkonzept an, das eine Wiederholung der Situation verhindern soll.

Herr Barnat ergänzt, dass in Heiligenhaus und Mettmann die Situation nicht ganz vergleichbar ist, da dort die Papiertonnen nur 1x monatlich geleert werden, in Wülfrath 2x. Hier stehen nur in der Innenstadt Altpapiercontainer, weil es dort schwierig ist, am Haus eine Papiertonne aufzustellen. Dies ist in den Ortsteilen erfahrungsgemäß leichter.

Zum Thema „Beistellungen“ stellt Herr Barnat fest, dass es seit Beginn des gültigen Abfallkonzepts (knapp zwei Jahre) keine Regelung gibt, die Beistellungen – also zusätzliche Kartons oder Altpapierbündel neben der Tonne – erlaubt. Bisher hat der Entsorger sie mitgenommen, musste die Kosten aber selbst tragen, daher wird diese Praxis geändert.

In Wuppertal werden Kleinelektrogeräte in einem Container gesammelt; dies ist in Wülfrath nicht ohne weiteres möglich (Stichworte Gefahrguteinsammlung; kein Wertstoffhof). Die Vorsitzende bietet an, im Fachausschuss näher auf diese Entsorgungsart einzugehen. Der Rat signalisiert Zustimmung.

Frau Dr. Platzhoff (CDU) fragt zum Containerkonzept, was mit „regelmäßige Standplatzreinigung“ genau gemeint ist.

Frau Eberle nennt die wöchentliche Reinigung als Mindeststandard. Die Glascontainerstandplätze werden montags gereinigt, die Altpapiercontainerstandorte ebenso sowie zusätzlich nach Bedarf. Die regelmäßige Reinigung wurde von freitags auf montags umgestellt, weil in der Regel nach dem Wochenende mehr Anlass zur Reinigung gegeben ist. Frau Eberle ergänzt zum Standplatz Ellenbeek, dass der Entsorger den Stellplatz 2x nicht anfahren konnte, am nächsten Tag aber nicht wiedergekommen ist, um die Aufgabe nachzuholen. Sie hat AWISTA angewiesen, solche Vorfälle ab sofort direkt zu melden.

Herr Effert (CDU) gibt zum Wunsch nach mehr Containern zu bedenken, dass mehr Container auch mehr Verunreinigung bedeuteten. Die Nicht-Mitnahme von Beistellungen hätte aber besser kommuniziert werden müssen. Positiv bewertet Herr Effert das Container-Konzept, das Herr Schorn heute vorgelegt hat.

Herr Ulbrich (SPD) weist darauf hin, dass es schon immer nicht erlaubt war, Kartons etc. neben die Tonnen und Container zustellen.

Frau Dr. Panke spricht sich für eine Prüfung der Pflicht für Gewerbetreibende aus, eine Papiertonne vorzuhalten.

Herr May spricht noch die Situation an der Alten Ratinger Landstraße nach deren Öffnung an. Dort gebe es Probleme mit den vor den Containern parkenden Bürgern. Herr Schorn erwidert, dass er den Eindruck hat, dass es kaum Probleme gibt.



Das in der Anlage dargestellte Konzept für Depotcontainerstandplätze im gesamten Stadtgebiet Wülfrath wird beschlossen.

In der Begründung wird nach dem Satz „Sollten dringende Standortveränderungen durchgeführt werden müssen, so ist darauf zu achten, dass die Anzahl der jeweiligen Container nicht verändert wird.“ folgender Satz ergänzt: **Ausgenommen hiervon ist die Anzahl der Altpapiercontainer.**

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	12	8	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 6 17.12.2019 Antrag von CDU, WG, Linke, FDP - Verbesserung Bahnanschluss Vorlage: BVV-017-2019

Herr Altmann (FDP) erläutert den Anstoß zum Antrag: Der Bund plane, viel zu tun bei Bahn und Schienenverkehr, daran sollte sich Wülfrath beteiligen. Der Anschluss nach Süden sei schwierig. Zur kurzen Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag fragt Herr Altmann, wieso das Thema erst in einen Ausschuss müsse, ob die Verwaltung nicht direkt Gespräche führen könne.

Herr Barnat erwidert, dass die Verwaltung jede Gelegenheit nutzt, um in Gesprächen mit dem Kreis, der Stadt Wuppertal, den WSW usw. auf die Bedeutung und die Notwendigkeit der Reaktivierung des schienengebundenen Verkehrs hinzuwirken. Den Umfang der Bemühungen und die bisherigen Ergebnisse konnte die Verwaltung in der Kürze der Zeit nicht darstellen. Als Problem benennt Herr Barnat, dass auf einem Teil der möglichen Bahnstrecken inzwischen Radwege verlaufen.

Die Vorsitzende ergänzt, dass die Verwaltung gern darstellen möchte, mit welchen Inhalten sie in die Gespräche geht. Sie betont, dass durch die Arbeit am Thema in den Ausschüssen gemeinsam dargestellt werden kann, welche Ziele Politik und Verwaltung zusammen erreichen wollen.

Herr Hoffmann begründet, dass die SPD zwar nicht zu den Antragstellern gehört, dass sie aber das Ziel grundsätzlich befürworten. Sie hatte einen abgewandelten Antrag vorgeschlagen und mit dem FDP-Vorsitzenden abgestimmt.

Frau Kückler verweist darauf, dass die Radwege gebaut wurden, um die (verbliebenen) Bahnstrecken zu erreichen. Sie empfiehlt, die derzeit fließenden Fördermittel zu nutzen.

Die Vorsitzende empfiehlt die inhaltliche Diskussion im Fachausschuss, zu dem dann auch die Stellungnahmen der Verwaltung vorliegen wird.

Herr Mrstik bekräftigt, dass der AWS der richtige Ausschuss sei und dass die Fraktionen inhaltlich nicht weit auseinander lägen.



Herr Effert formuliert entsprechend: **Alle im Rat vertretenen Fraktionen sind sich einig, dass der schienengebundene Personennahverkehr gestärkt werden muss. Aus diesem Grund wird der Antrag zur weiteren Beratung und Bearbeitung in den Fachausschuss geschoben.**

Der Rat signalisiert Zustimmung.

TOP 7 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen:

- Herr Schorn teilt zu Thema Kommunalwahl 2020 mit, dass es lt. Urteil des OVG NRW bei der Bürgermeisterwahl doch wieder eine Stichwahl geben wird. Der zweite Teil des Beschlusses betrifft die mögliche Verschiebung von Wahlbezirken. Da die Ausführungsvorschriften hierzu erst Mitte Januar kommen werden, kann die Verwaltung noch nicht endgültig einschätzen, ob eine Änderung in Wülfrath nötig sein wird. Es ist aber davon auszugehen, dass die Grenzen zweier Wahlbezirke verschoben werden müssen; von der Änderung wären dann insgesamt vier Wahlbezirke betroffen. Eine zusätzliche Wahlausschusssitzung ist damit nötig. Sie findet am 30.01.20 um 16 Uhr statt.

Anfragen:

- Frau Baumhardt (CDU) fragt, was mit einer zweiten Poststelle in Wülfrath ist. Sie dankt den Betreibern des Post-Shops gegenüber der alten Post für ihren großen Einsatz, aber ohne zweite Poststelle gehe es nicht dauerhaft. Vielleicht käme das alte Postgebäude dafür in Betracht. Frau Dr. Panke antwortet, dass die Verwaltung sofort nach Schließung der zweiten Poststelle Kontakt mit der Post aufgenommen hat, auch weil es derzeit keine Postbank in Wülfrath gibt. Die Post hat mitgeteilt, dass sie mit Hochdruck eine Stelle sucht, die sowohl den Postservice als auch die Postbank übernimmt. Frau Dr. Panke bekräftigt, dass die Verwaltung hier am Ball bleibt.
- Herr Altmann (FDP) fragt, warum der Flehenberg ab der Düsseler Straße nach ca. 50m wieder gesperrt ist. Herr Schorn antwortet, dass an dieser Stelle eine Sperrung der Straße immer vorgesehen war.
- Herr Herbes (WG) lobt die schnelle und gute Umsetzung des Beschlusses zur Öffnung der Alten Ratinger Landstraße in beide Richtungen. Neben einem fehlenden Schild vom Parkplatz auf die Straße weist er auf die Geschwindigkeitsmessgeräte hin, die wieder aufgehängt werden sollten und fragt, ob sie noch aufgehängt werden. Herr Schorn antwortet, dass sie wegen eines Softwareupdates noch nicht wieder aufgehängt werden konnten, dies aber kommen soll. Nachtrag: Seit Mitte Januar hängen die Geräte wieder – je eins in jede Richtung – und zeigen an, ob jemand zu schnell ist oder sich an die Höchstgeschwindigkeit hält.
- Herr Heinz (WG) fragt nach dem Stand bezüglich der Organisationsuntersuchung in Dez III. Herr Barnat antwortet, dass sie zur Beauftragung beim RPS liegt. Frau Dr. Panke ergänzt, dass wegen der weiteren Fragen aus der GVK eine Neuausschreibung erfolgen musste. In Kürze ist aber mit der Beauftragung zu rechnen.
- Frau Theis (SPD) berichtet, dass der Zuweg zu Kitas und Schule in der Ellenbeek stark



vermüllt ist. Frau Dr. Panke sagt zu, diesen Hinweis an den Baubetriebshof weiterzugeben.

- Herr Altmann (FDP) teilt mit, dass das Parkdeck Flügelskämpchen wieder stark vermüllt ist. Frau Dr. Panke sagt zu, auch diesen Hinweis weiterzugeben.
- Herr Paul (WG) fragt, wann die Decke im Eingangsbereich der Sporthalle Goethestraße endlich neu gemacht wird. Herr Barnat teilt mit, dass die Verwaltung an diesem Thema arbeitet. Aber die Decke ist Teil eines älteren Gebäudes, und hierfür gibt es ein Gesamtkonzept, das schrittweise umgesetzt wird.



anwesend

Ratsmitglied

Herr Hans-Peter Altmann
Frau Dunja Baumhardt
Herr Frank Berg
Herr Walter Brühland
Herr Uwe Buschmann
Herr Hans-Joachim Czerwonka
Herr Axel Effert
Herr Udo Eigen
Herr Siegfried Gartmann
Herr Reiner Heinz
Herr André Herbes
Herr Horst Hoenke
Herr Manfred Hoffmann
Herr Carsten Klein
Frau Ilona Küchler
Herr Claus Leifeld
Herr Thomas May
Frau Bettina Molitor
Herr Stephan Mrstik
Herr Lothar Müller
Frau Angela Nadolski
Frau Dr. Ophelia Nick
Herr Axel Paul
Herr Wolfgang Peetz
Frau Dr. Elke Platzhoff
Herr Wolfgang Preuß
Herr Patrick Schneider
Herr Andreas Seidler
Herr Martin Sträßer
Herr Mario Sülz
Frau Renate Theis
Herr Hans-Juergen Ulbrich

Verwaltungsmitarbeiter/in

Herr Martin Barnat
Herr Marcus Benner
Frau Michaela Berster
Frau Sabine Drasnin
Herr Florian Gerstacker
Herr Stephan Hölterscheidt
Frau Gudula Kohn
Herr Karsten Niemann



Herr Rainer Ritsche
Herr Sebastian Schorn

Bürgermeister/in

Frau Bürgermeisterin Dr. Claudia Panke

Wülfrath, den 03. Februar 2020

(Bürgermeisterin Dr. Claudia
Panke)
Ausschussvorsitzende/er

(Sabine Drasnin)
Schriftführer/in

Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.